



NEUKÖLN IN DEN KOLLWITZPLATZ VERWANDELN?



DER TRAUM VOM RAND IST AUSGETRÄUMT

NEUKÖLN - SYMBOLISCHE UND REALE AUFWERTUNG
EINE ERKUNDUNG



GENTRIFIZIERUNG IM NORDEN NEUKÖLLNS

Den Effekt der Prenzlauerbergisierung, den wird es hier nicht geben“, sagt Reinhold Steinle, der in Neukölln Stadtführungen macht. Das sei zumindest seine Hoffnung. Aber längst ist klar: Der Norden Neuköllns verändert sich: mehr junge Leute, mehr Student_innen, neue Kneipen, Cafés und Galerien, der Bezirk und der Berliner Senat bemühen sich um die ‚Aufwertung‘ des Viertels – und die Mieten steigen rasant an. Der Begriff „Gentrifizierung“ ist längst in aller Munde. Was aber sind die Gründe für die Entwicklung in Neukölln? Was ist „Gentrifizierung“ überhaupt? Und wer treibt sie voran?

Das Radiofeature „Neukölln in den Kollwitzplatz verwandeln?“ untersucht den Norden Neuköllns im Spätsommer 2009 und verschafft einen Überblick zum Status quo der Gentrifizierung. Ausgehend vom Reuterkiez, mittlerweile medial und auf dem Woh-

nungs- und Kulturmarkt als „Kreuzkölln“ bekannt, thematisiert das Feature den Prozess der Gentrifizierung in einem der Berliner Kieze, über den es noch vor drei Jahren im SPIEGEL hieß, es gehe dort zu „wie einstmals in der Bronx“. Dabei nimmt es auch die sich seit Jahren verschlechternde Situation auf dem Berliner Wohnungsmarkt in den Blick. In dem Feature äußern sich ein Vertreter der Berliner Mietergemeinschaft, der Stadtsoziologe Andrej Holm, das Quartiersmanagement Reuterkiez, der Vorsitzende von Haus und Grund Neukölln, der lokale Unternehmerstammtisch Punkt 20 e.V., die Neuköllner Kiezgruppe und zahlreiche Anwohner_innen. So zeichnet der Radiobeitrag ein Bild des komplexen Prozesses in Nord-Neukölln, den Andrej Holm als „Gentrifizierung in Wartestellung“ bezeichnet.

Dass die ‚Aufwertung‘, die sich bisher vor allem symbolisch als Imageveränderung des Kiezes äußert, bereits ganz reale Folgen hat, bezeugen

die Anwohner_innen: Insbesondere Familien, die die steigenden Mieten nicht zahlen können und in Neukölln keinen bezahlbaren Wohnraum mehr finden, müssen wegziehen – ein schleichender Prozess, der sich in den nächsten Jahren noch beschleunigen werde, sagt Joachim Oellerich. Das Mitglied der Berliner Mietergemeinschaft befürchtet, dass es in naher Zukunft in Berlin zu einer allgemeinen Wohnungsnot komme.

Auch wenn einige Vertreter des rot-roten Senats, wie der SPD-Abgeordnete Fritz Felgentreu, inzwischen selbst von Gentrifizierung in Berliner Stadtteilen sprechen (und gleichzeitig die

Gegner_innen dieser Entwicklung mit „aggressiven Pöbeleien, [...] Einbrüchen und Zerstörungen“ in Verbindung bringt), tut der Senat wenig, diese Entwicklung aufzuhalten. Im Gegenteil: Erstens betreiben die politisch Verantwortlichen zusammen mit den Quartiersmanagements (QMs) eine Kiezpolitik, die Ansätze von Bildungs- und Kulturarbeit beinhaltet (die vor allem dem so genannten „Standortmarketing“ dient), sowie neue Bewohner_innen und Gewerbe anwirbt und Immobilieneigentümer_innen vernetzt. Zweitens steigt der Senat immer mehr aus der sozialen Wohnungspolitik aus, orientiert sich



WAS IST GENTRIFICATION?

Der Begriff Gentrification (dt. Gentrifizierung) stammt aus der Stadtsoziologie und steht für einen Forschungsansatz, der versucht, den sozialen und räumlichen Wandel in Wohnvierteln zu erklären. Gentrifizierung meint in diesem Sinne einen Prozess der baulichen und sozialen, aber auch symbolischen Aufwertung eines Viertels. Der Begriff leitet sich vom englischen Wort ‚Gentry‘ (dt. nieder Adel, gehobenes Bürgertum) ab. Bürgerliche Schichten ‚erobern‘ sich innerstädtische Viertel mit größtenteils armer Bevölkerung zurück. Am Anfang eines Gentrifizierungsprozesses steht eine

deutlich an einer neoliberalen Standortpolitik, welche die Stadt nach unternehmerischen Kriterien führt, und baut schlecht bezahlte Niedriglohn- und Ein-Euro-Jobs flächendeckend aus.

Leuchtendes Beispiel für die gezielte politische Steuerung dieser ‚Aufwertung‘ ist die SPD-Senatorin für Stadtentwicklung, Ingeborg Junge-Reyer. Die Senatorin ist zuständig für das Großinvestorenprojekt Mediaspree, den Ausbau der umstrittenen Stadtautobahn A 100 und die Nachnutzung des Flughafens Tempelhof. Auf Gentrifizierung angesprochen, spielt sie den Lila-Laurne-Bär. So sagte sie gegenüber dem

Tagesspiegel, die Veränderung des Kollwitzplatzes im Prenzlauer Berg, einer der seit langem gentrifizierten Kieze, aus dem nach Studien bis zu 50 Prozent der ehemaligen Mieter_innen verdrängt wurden, war eine „behutsame Stadtentwicklung“. Es werde „niemand in ein Randgebiet verdrängt“.

Mit dem Neuköllner Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky (SPD) ist Junge-Reyer auch für das Sanierungsgebiet Karl-Marx-Straße verantwortlich. Zusammen mit Unternehmern und Künstlern initiierten sie die „Aktion! Karl-Marx-Straße“, die sich um Kultur- und Wirtschaftsmarketing sowie

‚Pionierphase‘, d.h. so genannte ‚Pioniere‘ (Student_innen, Künstler_innen, Alternative) ‚öffnen‘ von Arbeiter_innen und Armen geprägte Viertel für die später nachfolgende mittelständische Klientel. Sie sorgen besonders für die kulturelle Aufwertung - den Imagewandel, der die Viertel für die so genannten ‚Gentrifizier‘ erst attraktiv macht. In der Konsequenz meint Gentrifizierung einen Prozess, der aus privatkapitalistischer Sicht unattraktive Viertel wieder der Verwertung des Wohnungsmarktes zuführt (steigende Mieten und Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen). Da sich die ‚alten‘ Mieter_innen so etwas nicht leisten können, ziehen sie gezwun-

um einen Imagewechsel Neuköllns bemüht und ebenfalls an den geplanten Sanierung beteiligt ist. Die Karl-Marx-Straße soll „wieder eine erfolgreiche Einkaufsstraße werden“. „Jung, bunt, erfolgreich“ ist das vielsagende Motto für die ‚Aufwertung‘, die teilweise schon begonnen hat. Auch wenn zunächst nur die Verkehrsführung umgebaut werden soll, ist das Ziel, auf das die Sanierungsmaßnahmen hinauslaufen, deutlich formuliert: Der „Stadt-raum“ soll zum „Erlebnisraum“ werden – ein „Erlebnisraum“ in einem Viertel, das, wie neueste Studien noch einmal gezeigt haben, mit Abstand zu den ärmsten Berlins gehört. Das gesamte

Sanierungsgebiet umfasst neben der Karl-Marx-Straße auch sämtliche Seitenstraßen sowie die ehemalige Kindl-Brauerei und den Karl-Marx-Platz. So wie die QMs in den Kiezen von privaten Firmen wie der Brandenburgischen Stadterneuerungsgesellschaft aus Potsdam betrieben werden, so sind Unternehmen auch in die Ausarbeitung der Sanierungspläne eingebunden. Der Berliner Senat setzt damit weiterhin auf die Privatisierung öffentlicher Angelegenheiten. Ebenfalls will der Senat das Gebiet zwischen Sonnenallee und Landwehrkanal zum Sanierungsgebiet erklären.

genermaßen nach und nach weg; sie werden verdrängt. Die Stadtpolitik, die auf internationalen Wettbewerb der Städte als Wirtschafts- und Kulturstandorte ausgerichtet ist, fördert solche Prozesse direkt und indirekt. In Berlin gibt es verschiedene Viertel, bei denen von einer Gentrifizierung gesprochen werden kann; dazu zählen unter anderem einzelne Kieze in Prenzlauer Berg, Friedrichshain, Mitte, Treptow, Kreuzberg und Neukölln. Während Teile Westberlins bereits in den 70er und 80er Jahren aufgewertet wurden, hat sich die Entwicklung im Zuge der Wiedervereinigung nach 1990 teilweise rasant beschleunigt.

Der Neuköllner Baustadtrat Thomas Blesing (SPD) schließt in diesem Zusammenhang nicht aus, dass es zu Verdrängungen kommen werde; und auch der Sanierungsplan formuliert nicht explizit, dass die jetzigen Bewohner_innen des Viertels bleiben sollen.

Ähnliche Programme will die Politik auch am südlichen Ende der Karl-Marx-Straße umsetzen. Unter dem Namen „Stadtumbau West Neukölln-Südring“ soll hier der „Wirtschaftsstandort“ Neukölln gestärkt werden, gerade auch in Erwartung einer gesteigerten Nachfrage wegen des Ausbaus des Flughafens Schönefeld, der manche schon von Neukölln als die „neue Mitte Berlins“ phantasieren lässt. Diese Maßnahmen werden die ‚Aufwertung‘ und ihre sozialen Folgen wesentlich beschleunigen.

Gleichzeitig zu der sich verschlechternden Situation für Mieter_innen greifen Politik und QM mit ordnungspolitischen Maßnahmen in die Entwicklung der Kieze ein. Hierbei wird

zumeist mit dem Sicherheitsbedürfnis der Anwohner_innen argumentiert. Dafür werden zahlreiche Ein-Euro-Jobber in Neukölln zur „Stadtbildpflege“ eingesetzt und als Hilfssheriffs missbraucht (zum Beispiel die sogenannten „Kiezläufer“). Das im Schillerkiez ansässige QM machte kürzlich mit der so genannten „Task Force Okerstraße“ Schlagzeilen. Unter dieser Bezeichnung will das QM für ein „sicheres Wohnumfeld“ sorgen, welches zur Zeit durch „Trinkergruppen“ sowie „Kinder und Jugendliche vorwiegend aus Roma-Familien“ verunsichert werde. In dem Konzeptpapier zur Einrichtung der Task Force (nicht zufällig ein Begriff aus dem militärischen Sprachgebrauch) werden Roma in rassistischer Weise mit Betteln in Verbindung gebracht, sowie mit Beschaffungskriminalität, Prostitution und Schwarzarbeit. Zu den Lösungsvorschlägen des QMs gehört unter anderem die Einrichtung von „Hauswartwohnungen“ zur besseren Überwachung. Vorgeesehen ist eine Koordination mit dem

Schul- und Jugendamt, dem Ordnungsamt und der Polizei. Allerdings hat das Projekt durch zahlreiche Proteste mittlerweile starken Widerstand erfahren.

Proteste gibt es auch gegen die allgemeine ‚Aufwertung‘. Es gab Demonstrationen und Kundgebungen für eine Öffnung des Tempelhofer Flugfeldes und gegen den Bau von teuren Wohnungen und der Ansiedlung von Gewerbe auf dem Gelände. Die Vorgänge in Neukölln sind nicht losgelöst vom Rest der Berliner Politik und deren Abkehr von sämtlichen sozialen Standards im Rahmen einer neoliberalen und pro-kapitalistischen Stadtpolitik.

Langsam formiert sich der Widerstand gegen die Gentrifizierung Nord-Neuköllns. Voraussetzung dafür ist, die politischen Entwicklungen nachzuvollziehen und sich über die wichtigsten Akteure zu informieren. Das Radiofeature „Neukölln in den Kollwitzplatz verwandeln?“ will hierzu beitragen. Es ist längst an der Zeit, in die Entwicklung einzugreifen. Dafür gibt es vielfältige

Möglichkeiten. Weiter unten findet ihr einen Info-Kasten mit Adressen, an die ihr euch wenden könnt. Wenn ihr von Mieterhöhungen betroffen seid, ist es wichtig, dass ihr euch wehrt. Wir empfehlen allen, sich in der Berliner Mieter-Gemeinschaft zu organisieren. Wichtig ist es aber auch, sich in den Kiezen und in den einzelnen Häusern zu verständigen und darüber zu beraten, was ihr tun könnt. In diesem Sinne ist das Feature auch ein Aufruf zum Handeln. Holen wir uns die Stadt zurück!

Avanti. Projekt undogmatische Linke
Dezember 2009

*NEUKÖLLN IN DEN KOLLWITZPLATZ VERWANDELN?
DER TRAUM VOM RAND IST AUSGETRÄUMT. NEUKÖLLN – SYMBOLISCHE UND REALE AUFWERTUNG. EINE ERKUNDUNG. EIN RADIOFEATURE VON MARTIN KASCHUBE. IN ZUSAMMENARBEIT MIT AVANTI. PROJEKT UNDOGMATISCHE LINKE. LAUFZEIT: 53 MINUTEN*

DATEN UND FAKTEN

Berlin ist traditionell eine Stadt der Mieter_innen. Insgesamt gibt es 1.941.000 Haushalte. Der Anteil der Einpersonenhaushalte, also der Singles, ist sehr hoch (53%). Die Zahl der Wohnungswechsel innerhalb des Stadtgebietes liegt bei 10,3%. Die Durchschnittsmiete in Berlin beträgt pro Quadratmeter 4,83 Euro (ohne Heizung und Nebenkosten).

Neukölln zählt zu den ärmsten Bezirken Berlins. Im November 2009 betrug die Arbeitslosenquote 18,4%. Das Pro-Kopf-Einkommen ist berlin-

weit das niedrigste, wobei sich die Armut wesentlich auf den Norden Neuköllns konzentriert. Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften liegt in allen Kiezen Nordneuköllns bei über 30%, in manchen bei über 40%. 7,6% aller Berliner Arbeitslosen und 7,1% aller Langzeitarbeitslosen leben in Nordneukölln. Im gesamten Bezirk liegt die Durchschnittsmiete bei 4,40 Euro, im Norden weichen die Zahlen aber ab. Während die Durchschnittsmiete in Nordneukölln 5 Euro beträgt, liegen die Mieten im Reuterkiez bei 5,75 Euro und mehr.

STEIGENDE MIETEN STOPPEN!

WEITERE INFORMATIONEN:

BÜNDNIS STEIGENDE MIETEN STOPPEN // WWW.MIETENSTOPP.BLOGSPORT.DE

GENTRIFICATION BLOG // WWW.GENTRIFICATIONBLOG.WORDPRESS.COM

AVANTI - PROJEKT UNDOGMATISCHE LINKE // WWW.AVANTI-PROJEKT.DE

BERLINER MIETERGEMEINSCHAFT E.V. // MÖCKERNSTRASSE 92 // 10963

TEL.: 030 - 216 80 01 // WWW.BMGEV.DE

MIETERECHO // ZEITUNG DER MIETERGEMEINSCHAFT

WWW.BMGEV.DE/MIETERECHO

